

vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 22 1/2 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 1/4 Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von G. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breite-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 256.

Halle, Mittwoch den 1. November

1848.

Deutschland.

Deffau, den 28. October. Heute war fast den ganzen Tag Landtag. Zufrüh 10 Uhr war, während der Eöthensche Sonderlandtag in Eöthen Sitzung hielt, die 9. Sitzung unseres Sonderlandtags anberaumt. Auf derselben stand der mündliche Bericht der Commission des zu §. 56 beantragten Zusatzes, welchen Abgeordneter Lagemann erstattete. Man hielt sich bei der Debatte nicht lange auf, denn die Versammlung war bestürzt über die Nachrichten, welche sie schon vernommen hatte. Es folgte nämlich auf der Tagesordnung der §. 11 über die Civilliste, bezüglich deren man sich schon ziemlich dahin geeinigt hatte, die Vorlage des Ministeriums anzunehmen. Plötzlich heute Morgen hatte der Herzog dem Ministerium angezeigt, daß er diese Vorlage zurückziehe und alle Domänen, Güter, Forsten u. s. w. als Eigenthum in Anspruch nehme, so wie, daß er mehrere Punkte der Verfassung nicht sanctioniren werde. Vergeblich hatte sich das Ministerium bemühet, diesen gefährlichen Entschluß des Herzogs zu ändern, nochmals versuchte Minister Habicht den Herzog von dieser plötzlichen Sinnesänderung, die gewiß seinem Herzen nicht entsprungen war, abzubringen. Noch war Minister Habicht nicht zurückgekehrt und die Sitzung mußte eine halbe Stunde vertagt werden, ehe man zu §. 11 übergehen konnte. Mit banger Erwartung sahe man der Rückkehr des Ministers entgegen. Er kam und verkündigte nun öffentlich, was der Versammlung schon vorher mitgetheilt war, daß Sr. Hoheit bei seinem Entschlusse beharre. Eine gewaltige Aufregung bemächtigte sich aller Gemüther und gespannt horchte das Publicum, was der Landtag nun thun werde. Abgeordneter Fiedler stellte sofort den Antrag, eine außerordentliche Versammlung des vereinigten Landtages zu berufen; Abgeordneter Lagemann erklärte, daß das brave Ministerium keine Schuld an diesen trüben Ereignissen und deren Folgen habe und brachte diesem ein Lebehoch, in welches alle Anwesenden kräftig einstimmten; Abgeordneter Prüschenk beantragte ein Vertrauensvotum für das Ministerium, um ihm Zeit zu lassen, die sich entgegenstellenden Hindernisse zu überwinden; Abgeordneter Martini und Präsident Nulandt stimmten für

Abwarten; Abgeordneter Pazig erklärte, daß die Versammlung die zurückgezogene Vorlage zur ihrigen mache; Andere sprachen gegen Vertagung. Der Fiedler'sche Antrag wurde angenommen und eine Deputation aus Lagemann, Imme und Fiedler bestehend, sofort mit dem eben abgehenden Eisenbahnzuge nach Eöthen entsendet. Eben so nahm man den Prüschenk'schen Antrag an, worauf die Sitzung aufgehoben wurde. Die unruhigen und stürmisch bewegten Zuhörer trugen die betrübenden Nachrichten hinaus auf die Straße und wie Lauffeuer verbreiteten sich dieselben. Ueberall bildeten sich Gruppen, überall zeigten sich trübe Gesichter und heftige Gesticulationen, eine Anzahl Menschen zog vors Schloß, Aufregung und Gefahr wuchsen zusehends, doch ließ man sich nicht zu ungeseglichen oder unüberlegten Schritten hinreißen. Das Ministerium, mehrere Deputirte, andere Bürger bestürmten den Herzog von Neuem und, Gott sei Dank, er gab endlich um 1/2 1 Uhr nach und erklärte, den §. 11 wieder annehmen zu wollen. Was oder wer ihn zu jenem thörichten Sinneswechsel bewogen haben möge, wir wissen es nicht, aber ein fremder Einbläser wars und er gab einen schlechten, einen gefährlichen Rath. Um 2 Uhr war wieder Sitzung anberaumt, weil da die Abgeordneten von Eöthen zurückkommen würden. Sie kamen; mit ihnen die Mitglieder des Eöthenschen Sonderlandtags, das Eöthensche Ministerium und viele andere Eöthener. Auch sie waren erschreckt, in Aufregung. Zum Glück war die Gefahr schon vorüber. Das Sitzungslocal überfüllte sich. Man beschloß sofort außerordentliche Sitzung des vereinigten Landtags zu halten.

Präsident Wolter eröffnete dieselbe mit bewegten Worten und bat Minister Habicht, über den Hergang zu berichten. Nachdem dies geschehen, schlug Minister Habicht vor, daß die Sitzung des Vereinigten Landtages aufgehoben werde und sofort die Redactionscommission zusammen trete, um die schon vorbereitete Redaction der Verfassungsurkunde mit den Ministern von Gofler und Köppe zu vollenden. Dann solle die Urkunde in der Nacht abgeschrieben, morgen früh dem Herzoge zur Genehmigung vorgelegt und das Resultat in einer auf morgen Nachmittag anzusetzenden Sitzung

entgegengenommen werden. Man ging auf diesen Vorschlag ein, doch erbat sich die Mitglieder der Redactionscommission Lagemann und Mohs I. Urlaub, weil ihr Gewissen sie dränge, lieber dem sofort wieder zusammentretenden Dessauer Sonderlandtage und der in diesem nun beginnenden Berathung über §. 11 beizuwohnen. Präsident Wolter empfahl den Mitglieder des Dessauer Sonderlandtags den Paragraph über die Civilliste möglichst übereinstimmend mit dem heute früh in Eöthen angenommenen zu genehmigen. Nachdem noch der Antrag des Abg. Schilling, daß sämtliche Mitglieder des Ber. Landtags die Stadt nicht verlassen sollten, bis die Sanction der Verfassung ertheilt sei, angenommen war, beantragte derselbe noch einen vergeblichen Zusatz zur Verfassung, die gesetzlich festzustellende Entschädigung bei Expropriationen betreffend. Mohs I. verwies auf den entsprechenden Frankfurter Beschluß. Man nahm den Zusatz vorbehältlich der Fassung an. Hierauf wurde die außerordentliche Sitzung aufgehoben und zum Abend eine neue angesetzt, wo die Stellen der Verfassung, bei welcher die Redactionscommission Zweifel gehabt hatte, der Versammlung zur Entschädigung vorgelegt werden sollen. Um den nach Eöthen entsandten Abgeordneten Zeit zum Essen zu geben, wurde die Sitzung des Dessauer Sonderlandtags erst nach einer guten halben Stunde wieder eröffnet. Es begann die Berathung über §. 11, über welchen Abgeord. Imme mündlich Bericht erstattete. Ueber 17 von der Commission beantragte Punkte und auch noch über einige neue Zusätze des Ministeriums wurde abgestimmt und bei allen die Ansicht der Commission angenommen. Die sehr lebhaften Debatten dauerten fast bis um 7 Uhr. Das Wesentliche des angenommenen Paragraphen ist, daß der Herzog außer den Revenüen seiner Güter im Auslande eine Civilliste von netto 120,000 Thlr. erhält, welche auf Domänen und Forsten radicirt wird. Der Ertrag dieser wird durch eine besondere Deputation aus 8 Mitgliedern abgeschätzt, von denen der Herzog 3, der Landtag 4 und der Herzog von Bernburg, wegen der agnatischen Rechte, 1 ernannt. Die Abschätzung und Uebnahme erfolgt erst, nachdem die Ackerbedürfnisse der Staatsangehörigen befriedigt sind. Dieser Gütercomplex bildet, so lange es souveräne Fürsten aus dem Anhaltischen Gesammthause giebt, ein Familienfideicommiss, beim Aussterben oder bei einer Mediatisirung treten die frühern Besitzverhältnisse wieder ein. Aus diesem Familienfideicommiss wird der gesammte Hofaufwand, nebst Upanagen, Wittwengeldern u. s. w., ferner die Kosten des Theaters und der Kapelle bestritten. Der für letztere beiden ausgelegte Betrag von 22,500 Thlr. wird unter Controle des Ministeriums und gegen Nachweis bloß dazu verwendet. Ohne Genehmigung der Stände kann von dem Familienfideicommiss Nichts veräußert werden. Das Eigenthum aller übrigen im Inlande belegenen Domänen, Güter, Forsten u. s. w. geht auf den Staat über, der auch alle im Generaletat vom April d. J. aufgeführten Passiva und Activa übernimmt. Für Ansprüche der Agnaten wegen der Sanction dieser Bestimmungen haftet der Staat mit. Bis zur neuen Finanzperiode, deren Anfang Minister Habicht übereinstimmend mit Eöthen auf den 1. Juli 1849 zu setzen versprach, wird die Civilliste baar in entsprechenden Raten gezahlt. Ueber die Debatten selbst etwas mitzutheilen müssen wir unterlassen, um nicht zu lang zu werden. Auch bieten sie kein allgemeineres Interesse. Kaum war um 7 Uhr die Sitzung geschlossen, so trat wieder der Vereinigte Landtag zusammen, um den Bericht der Redactionscommission entgegen zu nehmen und der neuen Redaction der nun ganz fertigen Verfassungsurkunde seine Zustimmung zu geben. Diese neue Sitzung dauerte fast bis um 10 Uhr Abends.

Wegen der Mediatisirungsfrage geht eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung ab, welche gegenwärtig in allen Gemeinden Anhalts mit Unterschriften bedeckt wird.

Dessau, d. 29. Oct. Heute hat unsere Verfassungsurkunde die Sanction des Herzogs erhalten. Unverändert ist sie angenommen, wie sie aus der Arbeit der Redactionscommission hervorgegangen war. Zwei gleichlautende Abschriften, eine für Dessau, die andere für Eöthen waren ausgefertigt und vom Herzoge unterschrieben worden. In der um 4 Uhr angefangenen Versammlung des vereinigten Landtags verkündete Minister Habicht diese freudige Botschaft dem Landtage und der harrenden Menge, welche nicht nur den Sitzungsaal ganz erfüllt hatte, sondern auch dicht die Straße bedeckte. Lauter nicht endender Jubel drinnen und draußen folgte seiner Rede. Er übergab hierauf die beiden Exemplare, welche später durch die eigentlichen Urkunden ersetzt werden sollen, dem Präsidenten des Landtags, welcher, nachdem er den Dankgefühlen der Anwesenden Worte gegeben hatte, die Sitzung aufhob und auf Montag über 8 Tage die nächste in Eöthen abzuhaltende anberaumte. — Die Abgeordneten, begleitet von einer zahlreichen Menschenmasse, zogen nach dem Schlosse, um dem Herzoge ein dankbares Hoch zu bringen. — Möge unsere wahrhaft demokratische Verfassung, mit der wir allen übrigen deutschen Staaten vorangeeilt sind, uns für alle Zukunft ein sicherer Schutz und Schirm sein, möge sie uns dauerndes Glück gewähren!

Detmold, d. 26. Oct. Auf die hier verbreitete Kunde, daß man in Frankfurt jetzt ernstlich damit umgehe, das Fürstenthum Lippe zu mediatisiren und es einem größern Nachbarstaate, namentlich Hannover zuzulegen, ist in diesen Tagen eine große Bewegung im Lande entstanden. Das Volk der Lipper, welches unter allen deutschen Stämmen wohl mit die älteste Geschichte hat, kann sich mit dem Gedanken nicht versöhnen, von seinem uralten Herrscherstamme, an dem es mit unerschütterlicher Treue hängt, gewaltsam losgerissen zu werden und einem neuen, ihm völlig unbekanntem anzugehören. Ueberall im Lande treten außerordentliche zahlreiche Volksversammlungen zusammen, in welchen in entschiedener kräftiger Sprache Protestationen und Adressen an die deutsche Nationalversammlung berathen werden. In wenig Tagen werden aus allen Aemtern und Stadtbezirken diese Protestationen, welche von Haus zu Haus zur Unterschrift circuliren, nach Frankfurt abgehen.

Würzburg, d. 25. Oct. Bei der Versammlung deutscher Bischöfe zur Besprechung kirchlicher Angelegenheiten wurde am 22. Oct. interimistisch zum Präsidenten gewählt Erzbischof Geißel von Köln, dann die Geschäftsordnung festgestellt. In der Sitzung am 23. Oct. wurde die Reihenfolge der zu besprechenden Gegenstände festgestellt (auch der Entwurf einer Ansprache an das deutsche Volk und einer Ergebenheitsadresse an den Papst unterliegt der Berathung). Am 24. Oct. wurde Vormittags die zweite und Abends die dritte Sitzung gehalten. Der Bischof von Augsburg war zum zweiten Präsidenten gewählt worden. Auch Dlmütz hatte einen Vertreter gesendet, und der Anknst mehrerer Bischöfe oder Delegirten aus Oesterreich sah man entgegen. (A. P. 3tg.)

Frankfurt a. M., d. 25. Oct. Auf wie schwachen Füßen die Anschuldigungen Derer stehen, welche Oesterreich gehe damit um, sich seinen Verpflichtungen gegen Deutschland zu entziehen, möge eine Thatfache beweisen, welche mir heute aus guter Quelle mitgetheilt wird: Oesterreich hat trotz aller inneren Verwickelungen seine bis jetzt fälligen Matrikularbeiträge, ungefähr 700,000 Fl., bereits eingezahlt. (Krlär. 3.)

Frankfurt a. M., d. 26. Octbr. Der Entwurf zum Reichs-Gericht lautet folgendermaßen:

Artikel I. §. 1. Die dem Reiche zustehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichs-Gericht ausgeübt. — §. 2. Zur Zuständigkeit des Reichs-Gerichts gehören: a) Streitigkeiten zwischen der Reichs-Gewalt und den Einzelstaaten über den Umfang ihrer Befugnisse. b) Streitigkeiten aller Art, politische und rechtliche, zwischen den einzelnen deutschen Staaten. Gewillkürte Austräge sind nur zulässig, in so weit durch die Entscheidung der Streitfragen ein Reichs-Interesse nicht berührt wird. c) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungs-Fähigkeit und Regenschaft in den einzelnen Staaten. d) Streitigkeiten zwischen der Regierung des Einzelstaates und dessen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landes-Verfassung. e) Beschwerden der Angehörigen eines Einzelstaates gegen die Regierung desselben, wegen Aufhebung oder verfassungswidriger Veränderung der Landes-Verfassung. f) Klagen gegen den Reichs-Fiskus. g) Klagen gegen deutsche Staaten, wenn die Verpflichtung, der Forderung Genüge zu leisten, zwischen mehreren Staaten zweifelhaft oder bestritten ist, desgleichen, wenn die Verpflichtung mehrere Staaten zugleich trifft. h) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Reichs-Minister wegen Verletzung der Reichs-Verfassung, so wie wegen aller im Gesetze über die Verantwortlichkeit der Reichsminister genannten Verbrechen. i) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Minister der Einzelstaaten wegen Verletzung der Landes-Verfassung, in so fern nicht ein Gerichtshof des Landes angegangen werden kann. k) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne über die Dienstverbrechen und Vergehen sämtlicher Reichsbeamten. l) Strafgerichtsbarkeit mit Urtheilsfällung durch Geschworne in den Fällen des Landes- und Hochverrats gegen das Reich. m) Beschwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgesetzlichen Mittel der Abhülfe erschöpft sind. n) Streitigkeiten zwischen dem Staatenhaus, dem Volkshaus und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfassung betreffen, wenn die streitenden Theile sich vereinigen, die Entscheidung des Reichs-Gerichts einzuholen. — §. 3. Ueber die Einsetzung und Organisation des Reichs-Gerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen wird ein besonderes Gesetz ergehen.

Prag, d. 27. Octbr. Untröstlich ist es allerwärts in Oesterreich. Die Dinge gestalten sich auch hier in Prag immer sorgenerregender. Alles ist in wilder Aufregung. Neue Arbeiter- und Druckerunruhen haben stattgefunden. Die »Slowanska lipa« läßt es an wildslawischer Erregung nicht fehlen und steigert sich in ihren Anmaßungen, seit der croatische Slavenhäuptling mit ihr Bruderschaft geschlossen. Gestern wurde die von ihm ausgeschriebene große Volksversammlung abgehalten. Hawlitschek führte das Präsidium; Sabina sprach über die Wiener Bewegung in schärfstem slavischen Sinne. Der Jesuitismus ist den Slaven eigen; so stellte er den Unterschied zwischen einer reinen Demokratie und einer Demokratie mit reactionärer Färbung auf! Zu dieser tschechisch eigenen gebildeten Demokratie hätten sich die Böhmen zu halten. Hawlitschek stellte den Antrag, das Stadverordnetencollegium anzugehen, der Prager Nationalgarde Waffen, Munition und Kanonen anzuschaffen, und schloß mit den Worten: Wir brauchen drei Dinge, Kanonen, Kanonen und Kanonen. Mit Kanonen hat man uns früher geknechtet, mit Kanonen müssen wir jetzt frei werden. Unter jauchzendem Zuruf wurde der Antrag angenommen. — Herr Brabek, bekannt aus den Pfingstereignissen, ist zum Obersten der Nationalgarde erwählt worden.

Prag, d. 27. Oct. Heute veröffentlicht das Landespräsidium folgende vom Minister Wessenberg aus Olmütz demselben zugegangene telegraphische Depesche: „Gestern um 11 Uhr Morgens fand ein Angriff auf die Truppen in der Leopoldstadt statt, dessen Resultat unbedeutend. Fürst Windisch-Grätz hat einen neuen Termin von 24 Stunden gegeben. Morgen hoffe ich Näheres zu liefern.“

Mündlichen Nachrichten zufolge werden seit dem 25. Oct. auf Wien Bomben geworfen. In der Rosau sollen bedeutende

Zerstörungen angerichtet worden sein; gegen 60 Häuser sollen demolirt sein. Die Vorräthe an Nahrungsmitteln gehen zu Ende, sodas die Fleischvorräthe von gestern ab nur noch zwei Tage ausreichen. Dessenungeachtet sagt man, daß der Muth der Vertheidiger noch keineswegs gesunken, sondern sich im Gegentheil gesteigert habe. Sie wollen sich nicht ergeben. Die Dampf-mühle in der Leopoldstadt steht im Feuer. Das Bombardement dauert fort.

Das Feuern in der Donau-Aue dauerte durch den größten Theil der Nacht, und wurde am 26. Oct. vom frühen Morgen bis gegen 3 Uhr Nachmittags in der gestrigen Ausdehnung mit Heftigkeit fortgesetzt, zu welcher Stunde eine kurze Stille eintrat. Um ungefähr 4 Uhr begann es von neuem und dauerte beim Abgange des Trains aus Florisdorf um 7 $\frac{1}{2}$ Uhr noch fort. (C. Bl. a. B.)

Prag, d. 28. Oct. Gestern Abend gingen 70 Wagen mit Munition nach Wien, escortirt von zwei Kompagnien Infanterie, ab.

Am 28. Octbr. Vormittags in **Natibor** angekommene Reisende aus der Umgegend von **Wien** den 26. Octbr. versichern, daß bereits vier Vorstädte in Brand gesteckt seien. Es wird sogar behauptet, daß die Vorstadt Jägerzeil von den Wienern selbst angezündet worden sei. Die Kampflust der Wiener soll übrigens noch immer die alte sein. Am gestrigen Tag ist wenig, ja fast gar nicht geschossen worden. Bei Presburg sammelt sich der ungarische Landsturm, um den Wienern zu Hülfe zu eilen; derselbe soll bereits 100,000 M. stark sein. Aus Krakau meldet man, daß die Russen in Galizien eingedrungen seien.

Nachmittags. Vier Vorstädte Wiens, nämlich Lichten-thal, Landstraße, Jägerzeil und Erdberg, brennen; am 26. Oct. wüthete das Kanonenseuer von beiden Seiten den ganzen Tag; die Truppen sind im Besitze des Bahnhofes der Nordbahn, aber noch von keiner Vorstadt. In der Jägerzeil steht eine mächtige Barrikade mit acht Kanonen und von eben so viel Bürgercompagnien bedient. Unaufhörlich wüthet das Feuer gegen den Feind, doch fängt man an, mit dem Pulver sparsam umzugehen. Lebensmittel sind noch auf acht Tage vorhanden; die Wasserleitung ist zwar in den Händen des Feindes, aber von ihm noch nicht zerstört. Die Todten werden in dem Glacis begraben, da die Kirchhöfe von Feinden besetzt sind. In einer Straße hat zwischen den dreifarbigten und zweifarbigten Bändern ein Kampf stattgefunden, in welchem letztere überwunden wurden, nachdem von ihnen die Straße in Brand gesteckt worden. Dieses Beispiel steht indessen vereinzelt da, sonst herrscht überall die größte Eintracht. Ein Hauptmann der Nationalgarde ist gehängt worden, weil er einen Ausfall, den man gegen Nusdorf machen wollte, verrathen hatte. An Geld fehlt es nicht. Die Bank ist noch unangegriffen. 70,000 und dann 9000 Fl., die für das Militair bestimmt waren, sind der Garde in die Hände gefallen. Zellaich und Auersperg stehen südlich und Windisch-Grätz nördlich. Die polnische Legion hat im Prater bedeutende Verluste (60 — 70 Tode) erlitten. — In Brunn soll ein Kampf stattgefunden haben. Der Besitzer einer Waffenfabrik am Nordbahnhofe hatte von Windisch-Grätz eine halbe Compagnie Militair als Schutz seiner Fabrik gegen das Volk gefordert, was ihm auch gewährt wurde. Die Bürger, welche den Wienern Pulver senden wollten, sollen indessen das schützende Militair bis auf den letzten Mann niedergemacht und sich des Gebäudes bemächtigt haben. Auf den Stationen ist Militair bis Prerau aufgestellt. — Der Minister Kraus und Herr v. Pillersdorf sind als Deputirte zum Kaiser abgegangen, um zu vermitteln.

Berlin, d. 30. Oct. *) Die deutsche Reform theilt in einem heute Morgen erschienenen Extrablatt als nicht zu ver-
bürgen folgenden Inhalt eines Briefes aus Breslau mit:

„Breslau, den 29. October, 4 Uhr Nachmittags. Durch das Fahrpersonal der wiener Bahn ist Abschrift folgender gestern nach Olmütz telegraphirten Depesche angelangt:

General Wias an den Minister von Wessenberg in Olmütz. Gestern (den 28. October) 11 Uhr hat Feldmarschall Windischgrätz von allen Seiten angegriffen. Das Bataillon Schönhals, welches am Eingange der Jägerzeil die erste mit 12 Kanonen besetzte Barrikade erstürmt hatte, ist aufgerieben worden. Die Barrikade wurde später von den Jägern und Grenadieren genommen. Das Militair ist bis an das Karls-Theater vorgeedrungen. Die Vorstädte Louisenstraße und Franz-Allee stehen in Flammen. Die Anführer der Studenten flüchten.“

Aus anderweitigen zuverlässigen Nachrichten steht übrigens so viel fest, daß die Beschiesung und der Angriff der Stadt am 28. Morgens bald nach 10 Uhr begonnen hatte. Ueber die derselben vorhergegangenen letzten Ereignisse gehen uns aus der Umgegend Wiens noch folgende Nachrichten zu: Der Fürst Windischgrätz hatte die Bedenkzeit zweimal verlängert; die letzte Frist war am 27. Abends abgelassen. An diesem Tage hatte fast vollständige Waffenruhe stattgefunden. Man sah zwei Feuerbrünste in der Stadt oder der unmittelbaren Nähe derselben. Der Fürst hatte dem Gemeinderath angezeigt, er werde ihn für allen Schaden, der der Stadt aus den nothwendig werdenden Gewalt-Maßregeln erwachse, verantwortlich machen. Einzelne Personen, denen es mit großer Mühe gelungen, die Stadt zu verlassen, erzählten, daß daselbst das bewaffnete Volk selbst in die Gasthäuser dringe und die Fremden zur Theilnahme am Kampfe zwingen.

Die Ungarn standen am 27. mit angeblich 40—50,000 Mann jenseits der Leitha, und über ihre Absichten herrschte vollständige Ungewißheit. Seitdem das erste Dampfschiff mit 700 Ungarn in Grund geschossen worden, ist kein weiterer Versuch von ihnen gemacht worden, der Stadt zu Hülfe zu kommen.
(Pr. St.-Anz.)

Brünn, d. 25. October. Die Antwort Sr. Majestät des Kaisers auf die Adresse des mährischen Landtages lautet:

„Mit Vergnügen sehe Ich, daß der mährische Landtag Meinen väterlichen Gesinnungen und Absichten für Meine Völker volles Vertrauen schenkt. Es thut Meinem Herzen ungemein weh, daß die Hauptstadt Wien der Schauplatz so gräßlicher Unordnungen geworden und daß Wir nunmehr die Pflicht gebietet, strenge Maßregeln zum Schutze der Wohlgesinnten und zur Herstellung der Sicherheit und gesetzlichen Ordnung anzuordnen. Indessen kann und will Ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß es noch möglich sein wird, ohne zu den äußersten Mitteln zu schreiten, Meine Hauptstadt zur Ruhe und zum Gehorsam gegen das Gesetz zurückzuführen.“

Diese Antwort ist mit freudiger Ueberraschung begrüßt worden, denn bisher gelang es allen wiener Deputationen nicht, bei Sr. Maj. vorgelassen zu werden, und die des mährischen Landtags ist nicht nur von dem Monarchen und dem Erzherzoge Franz Karl huldvollst empfangen worden, sondern ihre Adresse hat eine Antwort hervorgerufen, welche eine mildere Behandlung Wiens in Aussicht stellt.

Dresden, d. 30. Oct. Folgende telegraphische Depesche soll aus Breslau hergekommen sein: „Windischgrätz ist in Wien.“
(L. Z.)

Italien.

Basel, d. 26. Oct. Gestern Abend war in Luzern allgemein das Gerücht verbreitet, der Aufstand in der Lombardei sei aufs neue ausgebrochen. Diese Nachricht wird be-

*) Auch heute sind uns weder Zeitungen noch Berichte aus Wien zugekommen.
Red. d. Pr. St.-Anz.

stätigt durch einen Brief aus Zürich, laut welchem das Postamt Chur ersucht, keine Poststücke nach Mailand abzusenden, indem sie einstweilen in Chur liegen bleiben, da der italienische Krieg wenigstens im Districte Chiavenna aufs neue losgebrochen sei. Wir würden des Gerüchts aus Luzern nicht erwähnen, wenn uns nicht zugleich diese letztere Nachricht zugekommen wäre; doch wäre es möglich, daß die Bewegungen im Beltin bloße Guerrillasversuche wären. (Bas. Z.)

Bern, d. 24. Oct. Aus Mailand wird geschrieben, daß die Vermittler in der italienischen Angelegenheit Genf zum Vermittelungsort bestimmt haben. Alle Vorbereitungen in Mailand von österreichischer Seite sollen indeß auf die Wiedereröffnung des Kriegs hindeuten.

Frankreich.

Paris, d. 27. Octbr. Das »Journal des Debats«, nachdem es über den Eindruck der Rede Ludwig Bonaparte's in der Sitzung vom 26. Oct. berichtet, sagt: »Gott behüte uns zu unserer Ehre, daß wir keine Parodie des Kaiserreiches erleben, nachdem wir eine Parodie der Schreckenszeit erlebt haben!« — Die »Presse« scheint sich auf die Seite Ludwig Bonaparte's zu schlagen und bezeichnet die verschiedenen Candidaten zur Präsidentschaft, wie folgt: »Cavaignac ist der eingefleischte »National«; Lamartine ist die Mäßigung; Ledru-Rollin ist das Bangemachen; Hr. Thiers ist die Intervention; Hr. Bugeaud ist die Willkür; Hr. Ludwig Bonaparte ist die Zukunft.« — Die Zeitung des Hrn. Victor Hugo: »L'Evenement« tritt gleichfalls auf die Seite Ludwig Bonaparte's.

Türkei.

Konstantinopel, d. 11. Oct. Die politischen Zustände versprechen eine bestimmtere Gestalt zu gewinnen. Mit Griechenland ist die letzte Differenz ausgeglichen, da der Mörder von Mussurus ausgeliefert worden und nun hier angekommen ist, um nach hiesigen Gesetzen von hiesigen Richtern gerichtet zu werden. Zugleich ist noch von der Pforte ein Schritt geschahen, geeignet, weiteren Verwickelungen mit Griechenland vorzubeugen; sie hat Mussurus von dort abgerufen und ihm den Gesandtschafts-Posten in Wien anvertraut. Auch sind zu den Posten in Paris und London neue Gesandte ernannt.

Preussische Nationalversammlung.

25. u. 26. October.

Von Meusebach, Rätzke und Schmidt aus Beeskow beantragen, daß von nächster Woche ab wöchentlich 4, Sperling, Wenger und Arnß 3 Sitzungstage ausschließlich der Berathung des Verfassungsentwurfs bestimmt sein sollen. Waldeck bekämpfte den Antrag mit vieler Greiztheit und mit zahlreichen Incriminationen gegen Zustände und Behörden. Er erdreistete sich zu behaupten, auf die Verfassung komme es jetzt gar nicht mehr an, das sei ein Stück Papier mit abstrakten Bestimmungen. Das Land erwarte eine neue und gründliche Organisation. Ihm stimmte sein gewöhnliches Echo, der Abg. Weichsel aus Magdeburg und der Schulze aus Wanzleben, bei. Nach einigen Bemerkungen beschloß die Versammlung, wöchentlich dreimal die Verfassung zu berathen.

Eine Interpellation, warum das Ministerium das Jagdgesetz noch nicht habe vollziehen und publiciren lassen, gab zu einer längeren Diskussion Anlaß, an deren Ende die Versammlung mit großer Majorität beschloß, daß das Ministerium die Sanction des Jagdgesetzes aufs Schnelligste vermitteln solle.

Zum Schlusse wurde die Diskussion über die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben fortgesetzt. Wir berichten darüber besonders.

In der Sitzung am 26. d. M. wurde noch einmal über den Artikel I. des Verfassungsentwurfs und über das von Phillips gestellte Amendement abgestimmt, und beides mit 181 gegen 179 Stimmen leider! angenommen. Während der Abstimmung erhob sich aber ein solcher Sturm und die Unordnung und der Straßenlärm war so groß, daß der Präsident Grabow sein Amt niederlegte. Der Anlaß dazu war folgender: Während des Stimmzählens meldete sich der Abg. Müller, um gegen das Amendement Phillips zu stimmen. Dieser Zwischenfall versetzte die Versammlung in be-

deutende Aufregung, und sie mußte durch Abstimmung entscheiden, ob die Stimmabgabe noch zulässig sei. Mit 184 gegen 135 wurde die Unstatthaftigkeit entschieden. Darauf wurde die Frage aufgeworfen, ob ein eben erst angekommener Deputirter, Kottels, berechtigt sei, mitzustimmen. Während des darüber mit Heftigkeit geführten Streites bat der katholische Kaplan von Berg, der im Sinne des Jesuitismus gern in Posen ein Ayl für die Jesuiten aufrichten möchte, seine Freunde, sich zu beruhigen; wenn bei dieser Abstimmung unwürdige Mittel angewendet würden, werde das Land darüber richten. Der Präsident rief deshalb den Abgeordneten zur Ordnung. Der Kaplan beruhigte sich dabei nicht, und unter großem Lärm wurde wieder abgestimmt, und mit 172 gegen 170 Vota erklärt, der Ordnungsruf sei unbegründet. Sofort trat nun der Präsident ab und legte sein Amt in die Hände der Versammlung nieder. Der Kaplan erklärte, er habe nichts Berlegendes sagen, noch den Präsidenten kränken wollen; er ziehe seinen Widerspruch zurück, als wenn das nach erfolgter Abstimmung anders als mit einem jesuitischen Kniff geschehen könnte. Dem widersprach aber und mit Fug und Recht ein Theil der Versammlung so lange, bis abermals durch eine Abstimmung über die Rechtmäßigkeit des Ordnungsrufes entschieden worden sei. Die Linke und das linke Centrum verweigerten die Theilnahme an der Abstimmung, die Rechte und das rechte Centrum, 174 erklärten den Ordnungsruf für gerechtfertigt. — Der zweite Artikel ward ohne Diskussion genehmigt.

Artikel 3. „Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgeübt und verloren werden.“

Zuerst wird die allgemeine Diskussion über diesen Artikel eröffnet. Wechsel gegen den Artikel, weil derselbe ohne Inhalt sei. Die Hauptgrundsätze über den Besitz, Erwerb und Verlust des Staatsbürgerrechts müßten darin aufgenommen werden, sonst sei es ein leeres Schema, ein Skelett ohne Fleisch. — Da weiter kein Redner sich gemeldet, wird hierauf die allgemeine Discussion geschlossen. — Berichterstatter Pilet entgegnet: im vorliegenden Titel wären auch Bestimmungen über den Verlust des Staatsbürgerrechts enthalten, indem die Freiheit der Auswanderung darin garantirt sei. Uebrigens sei die Verfassungskommission bereits mit der Ausarbeitung eines besonderen Gesetzes über diesen Gegenstand beschäftigt, und werde dasselbe bald vorlegen. — Wechsel berichtigt factisch: Er meine nur, erst müsse feststehen, wer ein Preuze sei, ehe alles übrige in der Verfassung Enthaltene ins Leben treten könne, die wesentlichen Bestimmungen der Gesetze müßten darin aufgenommen werden. Walter ist gegen den Artikel 3., weil er keinen Inhalt habe. Er schlägt das Amendement vor: „Der Genuß der bürgerlichen Rechte ist durch die Eigenschaft als Preuze, der Genuß der politischen Rechte durch die Eigenschaft als preußischer Staatsbürger bedingt. Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, wie die eine und andere Eigenschaft erworben und verloren werden.“ Wechsel stellt ein lauges Amendement, welches die Bedingungen für Erlangung des preußischen Staatsbürgerrechts für Bürger anderer deutscher Staaten und für Ausländer im Einzelnen festsetzt. Phillips für den Kommissionsantrag. Die Verfassungskommission hat bereits ein Specialgesetz über die Bedingungen der Naturalisation vollendet; in die Verfassung selbst aber gehören nur die allgemeinen Bestimmungen. Baumstark nimmt den Vorschlag der 3. Abtheilung als Amendement auf. Es giebt dem Art. 3 folgende Fassung: Die Eigenschaft eines Preußen begründet, erwirbt und verliert man nach der Bestimmung des Gesetzes. Die Bedingungen für die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte werden durch die Verfassung und besondere Gesetze bestimmt. Ploennis und Arnz vertheidigen den Kommissionsantrag. Pilet gegen alle Amendements. Das Walter'sche ist nur von doktrinärem Bedeutung, das Wechsel'sche enthält für die Verfassung zu viel und für ein Specialgesetz zu wenig. Sämmtliche Amendements werden hierauf verworfen und der Kommissionsantrag dann einstimmig angenommen.

Artikel 4. „Es giebt im Staate weder Standesunterschiede, noch Standesvorrechte. Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Der Adel ist abgeschafft.“

Die Centralcommission schlug vor: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Es giebt im Staate keine Standesunterschiede, noch einen besonderen Adelsstand. Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigte gleich zugänglich.“

Der Berichterstatter Pilet motivirte den Entwurf mit Folgendem: Der Hauptgrundsatz der Gleichheit wurde sogleich an die Spitze gestellt. Das preußische Volk ist nicht ein Conglomerat verschiedener Stände, sondern ein einiges Volk Gleichberechtigter. Bei Aufhebung der Standesunterschiede gaben sich in der Commission Bedenken über die Stellung der mediatisirten Fürsten kund; besonders machte das Ministerium dieselben dort geltend. Die exceptionelle Stellung dieser Fürsten ist durch die Bundesacte und durch die Wiener Schlußacte festgestellt, durch staatsrechtliche Verträge, welche selbst von auswärtigen Mächten garantirt sind. Es entstand die Frage, ob nicht die Frankfurter Versammlung hierüber allein competent und ein Vorbehalt in diesem Sinne einzuschalten sei. — Die

Commission entschied sich jedoch dafür, daß der allgemeine Vorbehalt in Art. 107, welcher das Verhältniß zur künftigen Reichsverfassung betrifft, hier genüge. Die Frage sei wesentlich eine innere des preußischen Staates, und die ganze Verfassung würde nur Stückwerk bleiben, wenn die mediatisirten Fürsten ihre Vorrechte in Betreff der Patrimonialgerichte, der Steuerbefreiungen u. s. w. behalten sollten. Ihre ganze Stellung ist unvereinbar mit dem neuen öffentlichen Rechtszustande, die Revolution trifft sie zugleich mit allen übrigen bisher Bevorzugten. Was die Garantie durch auswärtige Mächte betrifft, so haben diese sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands nicht zu mischen. — Was den Adel betrifft, so hat die Commission den Antrag der Verfassungskommission modificirt. Hieß es dort: der Adel ist abgeschafft, so ist jetzt zu dem Sage: es giebt im Staate weder Standesunterschiede, noch Standesvorrechte, hinzugefügt worden: noch einen besonderen Adelsstand. Dies von dem Abg. Jacoby gestellte Amendement ist mit 5 gegen 3 Stimmen angenommen worden. Die ursprüngliche Bestimmung erschien hier unklar. Will man eine gänzliche Abschaffung der Adelstitel wirklich durchführen, so müßte ihr Gebrauch geradezu verboten und mit Strafe bedroht werden. Will man dies nicht, so muß die Verfassung sich darauf beschränken, den Grundsatz der Standesgleichheit einfach auf den Adel anzuwenden. Die Commission hat sich für den letzteren Weg entschieden. Sie verkannte nicht, daß der fortgesetzte Gebrauch der Adelstitel factisch gegen den Grundlag der bürgerlichen Gleichheit verstoße, daß derselbe die Erinnerung an die früher damit verbundenen Vorrechte fortwährend aufrichte, und daß diese Erinnerung in der Brust vieler Unwillkürlich die Sehnsucht nach deren Wiederherstellung unterhalte. Gleichwohl war man einstimmig der Ansicht, daß die Abschaffung der Sitte überlassen werden müsse, und nicht von dem Gesetzgeber auszusprechen sei. Können die Adelsprädicate ferner im Staate nichts weiter als Titel sein, so ist deren Gebrauch fortan im Wesentlichen nur eine Sache der Höflichkeit. Die Formen auf diesem Gebiete zu regeln, und mit dem neuen staatlichen Leben und der politischen Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft in Einklang zu setzen, fällt dem Gebiete der Sitte anheim. Wollte man ein gesetzliches Verbot hinstellen, und es stellte sich heraus, daß jetzt die Neigung, sich des Gebrauchs ablicher Prädicate zu enthalten, noch nicht im Volke vorherrschend, so würden die Uebertretungen so zahlreich sein, daß eine Verfolgung derselben eben so schwer ausführbar, als gehässig sein müßte. Die Sitte würde dann auf ihrem Gebiete mächtiger sein, als das Gesetz. Dagegen erkannte auch die Centralcommission es als nothwendig an, dem allgemeinen Volksbewußtsein über die Bedeutungslosigkeit des Adels Rechnung zu tragen, und dieselbe ausbrüchlich in der Verfassung auszusprechen. Wenn gesagt ist, daß es im Staate keinen besondern Adelsstand giebt, so folgt hieraus von selbst, daß darnach zwar einerseits der Gebrauch ablicher Prädicate nicht unter sagt ist, andererseits aber der Adel fortan weder verliehen werden kann, weil dies die Erhebung in einem nicht mehr vorhandenen Stand sein würde, noch auch aberkannt werden darf, weil darin die Ausstufung aus einem nicht mehr vorhandenen Stande liegen würde, und endlich, daß die willkürliche Verleihung ablicher Prädicate (Anmaßung des Adels) einem Strafgesetze nicht mehr unterliegen kann. — Nach Vorgang der Frankfurter Grundrechte ist ferner der Zusatz beigefügt: Die öffentlichen Aemter sind für alle dazu Befähigten gleich zugänglich. — Nach Verlesung des Berichts werden folgende Amendements eingebracht: Jung: Zusatz: Veden, so wie Titel, welche nicht bloß das Amt bezeichnen, können nicht mehr ertheilt werden. Vorhardt und Marthaei: Der Gebrauch ablicher Titel und Prädicate in öffentlichen Urkunden ist untersagt. Berends: der Adel ist abgeschafft. v. Listcki: Der Adel und alle damit verbundenen Titel und Prädicate sind abgeschafft. Sommer: Noch einen besondern Adelsstand mit politischen Vorrechten. Die Diskussion wird bis nächsten Montag ausgesetzt. Zuletzt wird noch ein Schreiben des Präsidenten Grabow verlesen, in welchem er um einen 4wöchentlichen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit und um Einberufung seines Stellvertreters ersucht. Der Urlaub ist von ihm bereits angereten worden. Die Sitzung wird um 2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung morgen früh 9 Uhr.

Fonds- und Geld-Cours.
Berlin, den 30. October.

	Sf.	Brief.	Geld.		Sf.	Brief.	Geld.
St. Schuld-Sch.	3 1/2	—	74	Pomm. Pfndbr.	3 1/2	90 1/8	89 5/8
Sech. Präm.	—	92	—	R. = u. Nm. do.	3 1/2	—	89
Scheine.	—	—	—	Schlesische do.	3 1/2	90 1/8	89 5/8
Kur = u. Neum.	—	—	—	do. Lit. B. ga-	—	—	—
Schuldversch.	3 1/2	—	—	rant. do.	3 1/2	—	—
Berliner Stadt-	—	—	—	Pr. Wf. = A. = Sch.	—	86 3/4	85 3/4
Obligat.	3 1/2	—	—				
Wstpr. Pfandbr.	3 1/2	—	81 1/2	Frdrchs'or.	—	137 1/2	131 1/2
Großh. Pos do.	4	—	95	And. Goldm. à	—	—	—
do. do.	3 1/2	77 7/8	—	5 Zhr.	—	125 5/8	121 3/8
Dstpr. Pfandbr.	3 1/2	87 1/4	86 3/4	Disconto	—	3 1/2	4 1/2

Eisenbahn = Actien.

Stamm = Actien.	Sf.	Prioritäts = Actien.	Sf.
Berl. Anh. Lit.	4	Berl. = Anhalt	4
A. B.	4	do. Hambg.	4 1/2
do. Hamb.	4	do. Potsd. = M.	4
do. St. = Star.	4	do. do.	5
do. Potsd. = M.	4	do. Stettiner	5
Mgd. = Hlbf.	4	Mgd. = Leipz.	4
do. Leipziger	4	Halle = Thür.	4 1/2
Halle = Thür.	4	Cöln = Mind.	4 1/2
Cöln = Mind.	3 1/2	Rh. v. St. gar.	3 1/2
do. Nachen	4	d. 1. Priorität	4
Bonn = Cöln	4	do. St. = Pr.	4
Düsseldorf = Elf.	4	Düsseldorf = Elf.	4
Steel. Bohw.	4	Nschl. = Märk.	4
Nschl. = Märk.	3 1/2	do. do.	5
do. Zweigbhn.	4	do. III. Serie	5
Dschl. Lit. A.	3 1/2	do. Zwiggbhn.	4 1/2
do. Lit. B.	3 1/2	do. do.	5
Cosel = Dverb.	4	Oberschl.	4
Bresl. Freib.	4	Cosel = Dverb.	5
Kraf. = Dschl.	4	Steel. Bohw.	5
Berg = Märk.	4	Bresl. = Freib.	4
Starg. = Pof.	4		
Brieg = Meisse	4	Ausländ.	
Quitt. = B.	4	Stamm =	
Berl. Anh. B.	4	Actien.	
Mgd. = Wittb.	4	Dresd. = Görl.	4
Nach. = Raffr.	4	Leipz. = Dresd.	4
Th. Wb. = Bhn.	4	Chemn. = Risa	4
Ausl. = Ob.	4	Sächs. = Bait.	4
Rudw. = Verb.	4	Riel. = Alt. Sp.	4
24 Fl.	4	Amf. = R. Fl.	4
Pesth. 26 Fl.	4	Melb. = Thlr.	4
Fr. = W. = Mdb.	4		

Leipzig, den 30. October.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats = Papiere à 3% im 14. J. von 1000 u. 500. f. kleinere	74 1/2	—	Chemn. = R. Eisenb. = Anl. à 10. f. 4% R. pr. St. = Schuld = schein à 3 1/2 % in pr. St. pr. 100	—	—
à 4% do. v. 500. f. do. do. v. 500 u. 200 à 5 % do. do. kleinere	86 1/2	—	R. f. Herr. Metall. pr. 150 fl. Conv. à 5% lauf. Zinsen à 4% im 103% im à 3% 14. J.	—	—
Königl. sächs. Landrentenbriefe à 3 1/2 % im 14. J. von 1000 u. 500. f. kleinere	—	80	Pr. Frsd'or à 5. f. idem auf 100	—	—
Act. d. eh. S. = Watt. E. = Co. bis Mich. 1855 à 4% spär. à 3% von 100. f.	—	75 1/4	And. ausl. Louisd'or à 5. f. nach gerin = germ Ausmünzfuss auf 100	—	127/8
Königl. pr. Steuer = Kredit = Kassensch. à 3% im 20. J. von 1000 u. 500. f. kleinere	—	—	Conv. = Spec. u. Gld. auf 100	—	17/8
Leipz. Stadt = Obligationen à 3% im 14. J. von 1000 u. 500. f. kleinere	89	—	idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	—
Sächs. erbl. Pfand = briefe à 3 1/2 % von 100 u. 25	—	—	Actien d. W. B. pr. St. à 103 %	—	—
S. laufiger Pfand = briefe à 3 %	—	74 3/4	Leipz. Bank = Actien à 250. f. pr. 100	148	—
S. laufiger Pfand = briefe à 3 1/2 %	—	81	Leipz. = Dresd. Eisenbahn = Actien à 100. f. pr. 100	—	97
Leipz. = Dresd. Eisenb. = P. = Obl. à 3 1/2 %	97	—	Sächs. = Schlesf. do. pr. 100	73 1/2	—
			Chemnitz = Risaer do. à 100. f. pr. 100	—	25
			Leobau = Zittauer do. pr. 100	23	—
			Magdeb. = Leipz. do. pr. 100	164	—

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuss. Gelde.)

Magdeburg, den 30. October. (Nach Weipeln.)					
Weizen	50	—	57	Gerste	28 — 31 1/2
Roggen	—	—	—	Hafer	16 — 18 1/2

Berlin, den 30. October.

Weizen nach Qualität	58—60	f.
Roggen loco	28—30	f.
• 22pd. pr. Oct. 28 1/2	f.	Br., 28 G.
• Oct./Nov. u. Nov./Dec. 28 1/2	f.	Br.
• pr. Frühjahr 31	f.	bz. u. Br.
Gerste, große, loco	25—26	f.
• kleine	24—25	f.
Hafer loco nach Qualität	17—18	f.
• pr. Frühjahr 48pd.	17 à 18	f.
• pr. Herbst 16 1/2	à 17	f.
Erbfen, Kochwaare	36—40	f.
• Futterwaare	34—36	f.
Rapsen	73—75	f.
Rubfen	73—75	f.
Rüböl loco	11 1/2 à 11 7/12	f.
• Br., 11 1/2	bz.	
• Oct./Nov. 11 1/2	à 11 5/12	à 2/8
• Nov./Dec.	do.	
• Dec./Jan.	do.	
• Jan./Febr.	do.	
• Febr./März	11 5/12	à 11 1/2
• März/April	do.	
• April/Mai	do.	
Leinöl loco	9 1/2	f., Lieferung 9 1/2
Spiritus loco ohne Faß	15—15 1/8	f. bz., mit Faß 15 bz.
• pr. Herbst = Termin	15	f. Br. u. G.
• pr. Frühjahr	17 1/4	f. Br., 17 G.

Wasserstand der Saale bei Halle

am 30. October Abends 6 Uhr am Unterpegel 5 Fuß 7 Zoll.
am 31. October Morgens 6 Uhr am Unterpegel 5 Fuß 7 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 30. October: 32 Zoll unter 0.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 30. bis 31. October.

Im Kronprinzen: Hr. Oberbürgermeister Philipps a. Elbing. Hr. Lieut. v. Kalben a. Merseburg. Hr. Appellat. = Sekr. Landmann a. Dresden. Die Herrn. Stud. Böhmen a. Gotha, v. Malkan a. Berlin.

Stadt Zürich: Hr. Oberstallmeister v. Weise a. Esslingen. Hr. Amtm. Wendenburg a. Hadersleben. Hr. Stabsarzt Zimmermann a. Goslar. Die Herrn. Kauf. Schaaf a. Genthin, Grelling a. Berlin, Kathsam a. Mainz, Weisenfels a. Magdeburg.

Soldnen Ring: Hr. Rittmstr. a. D. Böhme a. Leipzig. Hr. Lieut. Weber a. Hannover. Hr. Amtm. Lüttich a. Eitzenbach. Hr. Amtm. Jungwirth u. Hr. Gutsbes. Plier a. Glauchau. Die Herrn. Kauf. Kyeber a. Wolmirstedt, Schlesinger a. Altona.

Englischer Hof: Hr. Offiz. v. Alleben a. Erfurt. Hr. Theater = Insp. Hertel u. Hr. Rentier Kelling a. Wien. Die Herrn. Kauf. Stemscheid a. Mülheim, Bergheim a. Berlin. Hr. Assessor Hoffmann a. Peitz.

Soldnen Löwen: Die Herrn. Dr. Wenzel u. Hoyer u. die Herrn. Lieut. v. Geske u. Marggraf a. Hannover. Die Herrn. Kauf. Schmitt a. Magdeburg, Braune a. Berlin.

Stadt Hamburg: Hr. Hofrath Schwabe a. Gisleben. Hr. Dekon. Raumann a. Schnellrode. Hr. Candidat Anton a. Potsdam. Hr. Partik. v. Hirschberg u. Hr. Kaufm. Kraft a. Berlin. Die Herrn. Stud. v. Fischer = Treuenfeld, Weisse u. Liebel a. Leipzig.

Schwarzen Bar: Hr. Schulamts = Candidat Hecht a. Berlin. Hr. Dekon. Herold a. Alstedt. Die Herrn. Kauf. Scheibler a. Ingolstadt, Dietrich a. Magdeburg. Hr. Tabagist Gebold a. Leipzig.

Soldne Kugel: Die Herrn. Hospitalärzte Kranold, Eicke u. Klaproth a. Hannover. Die Herrn. Kauf. Ambron u. Fuchs a. Drotterode, Stofgebauer a. Cräwinkel, Krüger a. Strelitz, Victor a. Sießen.

Zur Eisenbahn: Hr. Kaufm. Witten u. Hr. Insp. Friedrichs a. Bernburg. Hr. Kaufm. Granzky u. Hr. Dr. phil. Rolle a. Berlin. Hr. Kaufm. Gáfar a. Würzburg.

Bekanntmachungen.

Holzverkauf.

Sonntag den 5. November Nachmittags 2 Uhr sollen auf meinen Anpflanzungen bei Trebitz eine Partie starke Eichen, Rüstern und Weiden meistbietend unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen verkauft werden.

Eylbitz, den 29. October 1848.

F. Rudloff.

Konstitutioneller Bürgerverein.

Mittwoch den 1. November Abends 7¹/₂ Uhr im Kühlenbrunnen. Tagesordnung: Roggensteuer; Gemeindeordnung; Handelsfreiheit.

Den resp. Subscribenten auf die Mittheilungen der verbündeten Krieger-Vereine der Provinz Sachsen zeige ich ergebenst an, daß die siebente Lieferung bei mir eingegangen ist, und bitte diese, wie auch die noch nicht abgeholtten früheren Lieferungen, bei mir in Empfang zu nehmen.

Wucherer, Nr. 73.

Öffentlicher Dank.

Wir können nicht unterlassen, dem Herrn Hauptmann Meier, sowie sämmtlichen Herrn Veteranen und der Knappschaft hiesiger Stadt und allen denjenigen, welche bei der Beerdigung meines lieben dahingeschiedenen Mannes, des Veteranen und Bergmann Erdmann Wolf, ihre so herzliche und liebevolle Theilnahme bewiesen haben, unsern herzlichsten innigsten Dank hiermit auszusprechen. Was wir nicht ver- gelten können, möge Gott ihnen lohnen.

Löbjeun, den 28. October 1848.

Die verwittwete Wolf geborne Wagner nebst ihren fünf Kindern.

Sonntag den 5. November d. J. Volksversammlung im Lokal des weißen Rosses zu Löberitz.

Bei mir ist zu haben:

Gesetz über die Errichtung der Bürgerwehr in den Königlich Preuß. Staaten, nebst der Verordnung über die Ausführung des Gesetzes vom 17. October 1848.

In Partien zu 100 Exempl. à 100 1 Rp. Einzeln $\frac{1}{2}$ Rp.

W. Plösz,

Buchdruckerei-Besitzer in Halle, große Ulrichsstraße Nr. 21.

Zwei große fette Schweine verkauft der Gärtner Kettig in Halle vor dem Rannischen Thore.

Ein Landgut in der Nähe von Merseburg und Leipzig, wohin alle Produkte verkauft werden, mit 2 Hufen Feld, 7 M. Wiesen, 2 M. Obstgarten und guten Gebäuden, soll wegen Abwesenheit des Besitzers mit der Erndte und einer Anzahlung von 2 bis 3000 Rth schleunig verkauft werden. Alles Nähere bei A. Piper in Halle, Steinweg Nr. 1722.

Zahn-Kräuter-Zinktur,

à Fl. nebst Gebrauchsanweisung 7¹/₂ Rth.

Unterzeichneter erhielt so eben, als alleiniges Depôt, obengenannte Kräuter-Zinktur; dieselbe befreit die Zähne von allem Scharbock und Schmutz, erhält bei fortwährendem Gebrauch die Zähne und das Zahnfleisch so gesund, daß kein Zahnschmerz mehr zu befürchten ist, auch wird der üble Geruch aus dem Munde damit gänzlich vertrieben. Wiederverkäufer erhalten genügenden Rabatt.

Gustav Leidenfrost, Coiffeur, große Steinstraße Nr. 182.

Mädchen-Gesuch.

Ein moralisch gutes fleißiges Mädchen, am liebsten vom Lande, welches in der Küche und Hauswirthschaft zuverlässig ist und lobenswerthe Atteste besitzt, aber nur ein solches, kann zum 1. Januar n. J. einen sehr guten Dienst erhalten auf der Ziegelei am Weinberge vor Halle.

Da ich nur noch bis zum zwölften November c. in Halle bleibe, so haben es diejenigen, welche bis dahin nicht Zahlung geleistet, sich selbst zuzuschreiben, wenn gegen sie gerichtliche Hülfe in Anspruch genommen werden muß.

Halle, am 30. October 1848.

D. Stehlich,

wohnhaft bei Herrn Franz Laage, neben der Stadt Zürich.

Bekanntmachung.

Der Unterzeichnete beabsichtigt Familien-Verhältnisse halber seinen dicht bei hiesiger Stadt belegenen, neuerbauten Gasthof nebst Boek-Windmühle und etwas Feld öffentlich, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, auf drei Jahre zu verpachten, und hat zu diesem Zwecke einen Termin auf

Freitag den 10. November c. Vormittags um 10 Uhr im Gasthofs selbst anberaumt.
Landsberg, d. 29. October 1848.
J. G. Andree.

Sonntag den 5. November Ball, wozu ergebenst einladet

Pegold in Schwittersdorf.

Berliner Safergrüße,

die schön weiß und sämig kocht;

Beste märkische sowie hannoversche Buchweizen-Grüße (Halbe-Grüße) empfiehlt billigst

W. Fürstenberg.

Einen Ausladeplatz verpachtet Winkelmann in Halle, Strohhof Nr. 2015.

Gasthaus-Verkauf oder Verpachtung.

Das Gasthaus nebst Schmiede zur Preussischen Krone, an der Kreuzstraße Leipzig, Berlin, Halle, Dessau bei Bitterfeld gelegen, ist mit sämmtlichem Inventarium, circa 60 Morgen Feld und Wiesen sofort zu übernehmen. Das Nähere schriftlich portofrei oder mündlich zu erfragen bei dem Besitzer daselbst.

Zur Administration

eines bedeutenden Gutes wird ein tüchtiger Verwalter (auch verheirathet) verlangt. — Austr. R. Fuhm, Berlin, Kl. Alexanderstraße Nr. 27.

Mittwoch den 1. November

Politische Bürger-Versammlung zu Wettin.

Ab heut verkaufe wieder gebrannten Mocca-Caffee. J. F. Bunge in Halle am Markt.

Frischer Kalk

Freitag und Sonnabend den 3. und 4. November in der Ziegelei Trotha.

Ein tüchtiger Arbeiter, der auch mit dem Flaschenputzen Bescheid weiß, wird verlangt. E. Kramm.

Lichtbilder werden noch täglich von 9 bis 3 Uhr Alter Markt Nr. 700 von mir angefertigt. H. Weber.

Sonntag und Montag den 5. u. 6. d. M. ladet zur Kirmeß ergebenst ein E. Pöhler in Lochau.

Bad Wittkind.

Heute, Mittwoch, Nachmittag von 2 bis 5 Uhr Concert von der Familie Drechsler.

Vermiethung.

Ein Laden, zu jedem Geschäft passend, ist mit großen Räumen zu vermieten gr. Steinstraße Nr. 130.

F. G. Weise in Alsleben a/S.



empfehlte seine Niederlage der echten Kaiserl. Königl. privilegirten Goldberger'schen galvano-electrischen Ketten

à Stück mit Gebrauchs-Anweisung 15 $\frac{1}{2}$, stärkere Sorten à 1 $\frac{1}{2}$ und 1 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ neuerdings um somehr zur genetykten Berchtung, als die Goldberger'schen Ketten von vielen Sätzen als Schutz- und Präservativ-Mittel gegen die Cholera angepriesen und empfohlen werden und sollten daher in keiner Familie hiesiger, von der Cholera so bedrohten Gegend dergleichen Ketten fehlen. Wohl zu bemerken ist es aber, daß diese Ketten nicht als Heilmittel bei Cholera-Anfällen Nutzen bringen, sondern daß sie nur dazu dienen, überhaupt vor Cholera-Anfällen zu bewahren. Vielfache Erfahrungen und Versuche, die mit den Goldberger'schen Ketten in Petersburg, Warschau, Riga, Lemberg, Bohnia, Berlin, Magdeburg, Frankfurt a. D., Stettin, Hamburg zc. gemacht wurden, haben es gezeigt, daß Personen, die diese Ketten trugen, von der Cholera verschont blieben, während rings umher und in deren nächster Nachbarschaft diese fürchterliche Krankheit ein Opfer nach dem Andern forderte. Ich empfehle daher die Goldberger'schen Ketten sowohl als Schutz- und Verwahrungsmittel gegen die Cholera als auch überhaupt gegen rheumatische, gichtische, und nervöse Uebel aller Art und bin im Stande, viele Hundert attestirte Beweise über die günstigen Resultate, welche durch diese Ketten bereits erzielt worden, zu Ferdinands Einsicht vorzulegen. Jede echte Goldberger'sche Rheumatismus-Kette ist in einem Kästchen wohl verpackt, das auf der Vorderseite die Firma »F. G. Goldberger« und auf der Rückseite den K. K. östreich. Adler und das Wappen der freien Bergstadt Tarnowitz trägt, worauf genau zu achten bitte, da diese Ketten vielfach nachgebildet und anderweitig angekündigt werden.

F. G. Weise in Alsleben a/S.

Felix'sche Gewürz- oder Deconomie-Chocolade.

Unter dieser Benennung stellen wir eine Chocolade zum Verkauf, welche, nach der vollkommensten Fabrikationsmethode, von auserlesenem Cacao gefertigt ist, und zu welcher die erforderlichen Materialien nur in den besten Qualitäten verwendet werden. Neben dem wahrhaften Genuß, welchen diese Chocolade durch Feinheit und Wohlgeschmack darbietet, empfiehlt sie sich besonders noch durch Wohlfeilheit. Ihr Preis ist auf **10 Sgr. pro Pfund**

gestellt, was um so billiger erscheinen muß, als diese Chocolade beim Kochen sich ergeblicher zeigt, als viele andere, welche zu gleichen und höhern Preisen verkauft werden. In Halle befindet sich Niederlage bei Herren C. W. Fürstenberg; in Merseburg bei Herrn Jos. Krieger; in Dessau bei Herren L. Alexander, F. C. H. Chapon, C. W. Walzberg; in Zerbst bei Herren F. R. Wernicke, Carl Schmidt; in Wittenberg bei Herren F. G. Arnold, R. Diehrichs Wittwe, Otto Kiese; in Eisleben bei Herren Worch & Schmidt, W. Krückerberg, Jul. Reiche; in Aschersleben bei Herren R. C. Palm und H. F. Karstädt.

Felix & Co. in Berlin, Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs.

Landwehrmänner-Versammlung

Donnerstag Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr im Saale des Magdeburger Bahnhofes.
Gegenstände: 1) Ausreichende Versorgung der Invaliden in Landwehr und Linie durch den Staat.
2) Ausreichende Versorgung der Familien der Wehrmänner in Landwehr und Linie durch den Staat während ihrer Dienstzeit und nach dem während derselben erfolgten Tode.
3) Aufgebot der Landwehr nur gegen den äußern Feind.
Halle, am 30. October 1848. Im Auftrage vieler Kameraden: Rockstroh gen. Traudorf.

Zur Kirmes in Unterteutschenthal

Sonntag den 5. November
Tanzmusik vom Musikcorps des Königl. Hochl. 19. Infanterie-Regiments.
Montag den 6. November

Großes Concert,

ausgeführt vom ganzen Musikcorps des Königl. Hochl. 19. Infanterie-Regiments. Anfang des Concerts 6 Uhr. Nach dem Concert findet Ball statt. Hierzu ladet ganz ergebenst ein
Bernhard Schoch,
»Gasthof zur Fortuna.«

Concert-Anzeige.

Mein gestern angekündigtes Concert findet Donnerstag den 2. November im Saale zum Kronprinzen statt, und erlaube ich mir ein verehrtes Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß Billets zu dem Subscriptionspreis von 10 $\frac{1}{2}$ bei dem Herrn Kaufmann Kising am Markt zu haben sind. Auch für die Herren Studierenden sind Billets zu dem Preis von 7 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ daselbst zu bekommen. Anfang des Concerts Abends 7 Uhr. Um recht zahlreichen Besuch bittet

A. Wilschauer, Flötist im hiesigen Orchester.

Maille.

Heute, Mittwoch, Gesellschaftstag und feische Pfannkuchen bei W. Bügler.

Die Stelle eines Ober-Wärters und Haus-Chirurgen an der Provinzial-Iren-Anstalt ist zu besetzen. Vorgängige Meldungen und Bedingungen im Anstalts-Büreau.

Provinzial-Iren-Anstalt bei Halle, den 30. October 1848. Der Director.

Allen Herren Reisenden, die Halle besuchen, kann man den Englischen Hof als vorzüglich empfehlen.
Mehrere Reisende.

Bei meiner Abreise nach Burg sage ich allen Verwandten und Freunden ein herzliches Lebewohl.
Unter-Röblingen, d. 1. Nov. 1848.
F. Wolf.

Deutschland.

Berlin, d. 30. Oct. Gestern Abend ist hier aus Wien eine Depesche eingegangen, welche durch Courier von Hieging nach Gänserndorf, von wo aus sie datirt ist, zur Weiterbeförderung mit der Eisenbahn gesandt wurde. Danach hat das Bombardement Wiens am Sonnabend den 28., Morgens 8 Uhr, begonnen, und um 1 Uhr Mittags noch fortgedauert.

(Spen. 3tg.)

Berlin, d. 31. Oct. Die neuesten Nachrichten über die Wiener Zustände von außerhalb reichen bis zum 28. Oct. Es ist eine telegraphische Depesche von Wien nach Olmütz befördert worden, über deren Inhalt auf der ganzen Begegränzung von Prerau ab die verschiedensten Versionen mitgetheilt wurden. Der wahre Wortlaut dieser Depesche war nach zuverlässiger Quelle folgender: „Der General Wias an den Minister Wessenberg. Heute (am 28. October) Mittags um 11 Uhr, ist von allen Seiten der Angriff auf die Vorstädte Wiens erfolgt. Die Truppen sind in der Jägerzeile vorgerückt.“ Alles Uebrige ist Zusatz, nämlich, daß ein Bataillon Schönhals die erste Barrikade der Leopoldstadt zu stürmen versuchte u. Allerdings erfährt man von Reisenden, daß jenes Bataillon an der erwähnten Barrikade fast ganz aufgerieben wurde, daß dieselbe aber doch später genommen ward, nachdem die 11 Geschütze auf derselben nach der zweiten Barrikade gebracht worden waren. In Prerau wurde am 28. das Gerücht verbreitet, daß Wien bombardirt werde, indeß glaubte man nicht daran. In Oderberg erzählten am 29. die anlangenden Reisenden, daß der Bahnhof der Nordbahn bei Wien mit 5000 M. besetzt sei. Die Vorstädte Franz-Allee und Landstraße seien gänzlich niedergebrannt und das Militär bis zum Karlsheater vorgedrungen. Am 28. Abends seien auch die ersten Bomben auf die Stadt geworfen worden. In Ratibor hatte man etwa dieselben Nachrichten, fügte aber hinzu, daß am 28. fast den ganzen Tag hindurch die Stadt bombardirt worden sei und viele Straßen brannten. Man wollte die Flammen 3 Meilen weit gesehen haben. In Olmütz wurde eine offenbar ungegründete telegraphische Depesche verbreitet, nach welcher am 24. die Landstraße und Leopoldstadt sich gegen Wien erklärt und verbarricadirt haben sollten. Die Wiener Reichstags-Deputation hat am 28. in Olmütz eine Audienz bei dem Kaiser erlangt, der ihren Protest gegen die Vertagung des Reichstags abgewiesen, jedoch wegen der Verlegung nach Kremsier weiter zu entscheiden versprochen hat. Die Deputation reiste ab, der Minister Kraus blieb, um mit einem Extrazug nachzufolgen. Mittags kamen 20 Munitionswagen aus Prag auf der Beförderung nach Wien durch Olmütz. Die Ungarn sind mit 9 Dampfbooten und 18 Schlepsschiffen von Pest nach Preßburg gekommen, es waren etwa 8000 Sensenmänner, welche zum dritten Male gegen Wien vorrücken wollen. — Neuestes. Aus Florisdorf vom 29. October. Mehrere Vorstädte Wiens liegen in Asche. Es wird unterhandelt. (Sp. 3.)

Berlin, d. 30. Oct. (Abends 9 Uhr.) So eben geht folgende telegraphische Depesche vom preussischen Gesandten an den Minister des Auswärtigen hier ein: Hieging (bei Wien), d. 29. Oct. 1 Uhr Mittags: „Diese Nacht wurden fast sämtliche Vorstädte von den k. k. Truppen mit Sturm genommen. Der Kanonendonner, sowie das Schießen hat aufgehört. Die Stadt kapitulirt.“ (D. U. 3tg.)

Krakau, d. 27. Oct. Auf den Wällen des Schlosses sind Mörser und Kanonen aufgestellt. Jeder Mörser hat seine Nummer und sein bestimmtes Ziel. Der Mörser No. 1 ist auf das Dominikaner-Kloster gerichtet, No. 2 auf das Potockische

Palais, u. s. w. — Die Kanonen sind Zwölfpfünder, die Mörser im Kaliber von 60—70 Pfund. Das Heer zeigt viele Sympathieen für die konstitutionellen Freiheiten. Die Schwarzen sind auf's eifrigste bemüht, die schrecklichsten Gerüchte über Wien in Umlauf zu bringen.

Schweiz.

Bern, d. 25. Oct. Abends halb 10 Uhr. Die Regierung von Freiburg berichtet an die hiesige Regierung, daß im obern Theil des Kantons die Insurrection ausgebrochen und der Präfect von Chatel St. Denis gefangen sei. Die dortigen Kanonen wurden von den Insurgenten abgefaßt. Die Zahl der Letztern belief sich nahe an 1000, die bewaffnet über Rüe vorrückten. Sie verlangt ein Bataillon Hülfstruppen; so wie sie ein solches auch von Baadt begehrt habe. Der Regierungsrath hat diesem Ansuchen entsprochen und den Aufgebot sogleich erlassen. Der Vorort hat, um sich über den Stand der Dinge genau zu erkundigen, Herrn Regierungsrath Ochsenbein als Commissär hinzusenden beschlossen. — Nachschrift. Aus Freiburg erhalten wir heute Abend den 25. folgende Nachrichten: Bereits gestern rückten 4 Waadtländerbataillone und eine Artilleriecompagnie an zwei verschiedenen Stellen in den Kanton Freiburg ein. Beim Erscheinen der Truppen warfen die Insurgenten die Waffen weg und zerstreuten sich, so daß die Ruhe hergestellt ist. Heute Morgen gab ein falscher Lärm, daß die Bauern in Umarsch gegen die Stadt seien, den Grund zur Errichtung einer Barrikade an der großen Drahtbrücke — wohl die erste in der Schweiz. Dem Bischof wurde heute Nacht der Wagen vor sein Hotel geführt, mit dem Bedeuten, daß er den Kanton sofort zu verlassen habe, was er auch sofort that, indem er den Wagen bestieg und seinen Weg nach Peterlingen nahm. Nach diesen Berichten wird das Berner Bataillon sogleich entlassen werden.

Italien.

Aus Turin theilt das „Journal des Debats“ die Nachschrift eines Privatbriefes mit, welche die wichtige Nachricht meldet, daß die turiner Kammer in ihrer Sitzung vom 21. sich mit großer Stimmenmehrheit für die Verlängerung des Waffenstillstandes erklärt hat. Im weiteren Verlaufe der Sitzung vom 19. hatte der Minister Peronne ausführlichen Bericht über den Gang der englisch-französischen Vermittelung erstattet. In der Sitzung vom 20. sagte derselbe in Bezug auf die Kriegsfage: der jetzige Augenblick sei zwar günstig, um den Krieg wieder zu beginnen, man müsse aber noch warten, weil es besser werden könne. Man würde über den erschöpften Feind herfallen, wenn der Krieg zwischen den Ungarn und den Slawen sich weiter würde entwickelt haben. Heute den Krieg erklären, hieße sich den Schein geben, als ob man den Rath einiger in der Schweiz befindlichen lombardischen Republicaner befolgte, welche höchstens 8000 Mann an der Zahl wären, wovon im günstigsten Falle 3000 zu den Waffen greifen würden. Die Uebrigen seien Windbeutel.

Dänemark.

Kopenhagen, d. 25. Octbr. Vorgestern Mittag eröffnete der König den Reichstag Dänemarks mit folgender Rede: „Dänische Männer! Zu meiner Freude und zu meinem Troste sehe ich mich hier zum erstenmale von den Erwählten meines treuen dänischen Volkes umgeben. Die Liebe, Einträchtigkeit, mit welcher dasselbe meine und des Landes heilige Sache in den schweren Tagen, seit ich meines Vaters Thron bestiegen, unterstützt hat, bürgen mir, daß mit Gottes Beistand bald eine bessere Zeit für unser leidendes,

von Gewalt und Zwist so hart heimgesuchtes Vaterland anbrechen wird. Mit einer tiefgefühlten Erkenntniß dieser Vergangenheit schreite Ich jetzt dazu, mit den Erwählten des Volkes die Verfassung zu berathen, welche Ich aus freiem königlichen Entschlusse Ihnen zugesagt habe, durch welche des alten Dänemarks Ehre und Glück festzustellen Mein Wunsch, Meine Hoffnung und Mein Stolz ist. Ich lasse Ihnen durch Meine Minister, welchen Ich den Zutritt zur Versammlung und das Recht, in derselben, wenn Sie es nöthig finden, das Wort zu nehmen, vorbehalten, den Entwurf eines solchen Verfassungsgesetzes vorlegen und traue fest auf Ihre treue und eifrige Mitwirkung, damit eine schließliche Ordnung dieser so wichtigen Angelegenheit von der gegenwärtigen, zu diesem Zweck versammelten Reichsversammlung vollbracht werde. Sollte dies indessen nicht gelingen, so ist es doch nicht Meine Absicht, die Verfassung in Kraft treten zu lassen, ohne sie nicht vorher einer neuen Reichsversammlung vorzulegen. Ich wünsche Gottes Segen Ihnen und Ihrem Wirken, damit es unserm geliebten Vaterlande zur Ehre, zum Heil und zum Glück gereiche."

Nachdem der König die Rede beendigt, verließ er den Saal unter lautem Jubelruf. Unmittelbar darauf hielt der Conseils-Präsident, Graf Moltke, einen langen Vortrag über die Stellung des Reichs. Alle kannten die Umstände, unter denen das gegenwärtige Ministerium ans Ruder getreten und wie die Antwort des Königs an die schleswig-holsteinische Deputation die Grundlage der ministeriellen Politik enthalten, wie dem Aufbruch für einen schleswig-holsteinischen Staat und Schlesiens Ausnahme in den deutschen Bund die Erklärung gegenüber gestellt sei, daß Holstein als deutschem Bundesstaat seine eigene Verfassung, eigene Verwaltung und enger Anschluß an Deutschlands Streben nach starker politischer Einheit und Schlesiens Verbindung mit dem übrigen Dänemark sowohl als seine provinzielle Selbstständigkeit gesichert werden solle. Wie unvorbereitet der durch schändlichen Mißbrauch des königlichen Namens die Menge und das Heer verführende Aufstand auch kam, so würde der in der Gesinnung des Volkes keine Wurzel findende Aufbruch doch dem Gesetze unterlegen sein, wenn nicht Preußen und Deutschland sich eingemischt und Dänemark mit einem Ueberfall heimgesucht, den die Geschichte richten werde. Graf Moltke feierte dann den Heldennuth des Heeres, die Sympathieen, die Dänemark in der ganzen Welt gefunden, den Schaden, den seine Flotte dem Feinde zugefügt. Allein doch sei bei der Unsicherheit der Hülfe bei den gegenwärtigen Verhältnissen Europa's und der Uebermacht des Feindes ein Friedensversuch nicht abzuweisen gewesen. Daß der erste Waffenstillstand nicht erfüllt, sei nicht Dänemarks Schuld. Der zweite sei treulich von seiner Seite erfüllt. „In Uebereinstimmung damit hat Deutschland seine Heere aus Schleswig und Holstein gezogen. Die Ausführung der noch rückständigen Punkte der Uebereinkunft ist leider Gegenstand noch schwebender Unterhandlungen.“ Graf Moltke sprach dann seine Freude über Nordschlesiens bewährte Treue und die Hoffnung aus, daß auch die zur Revolution Hingerissenen in sich gehen würden, und zeigt an, daß die aufrichtig gemeinten Friedensunterhandlungen und die Rüstungen zugleich fortgesetzt würden. Deshalb werde der Versammlung ein Vorschlag der Staatskasse, die nöthigen Geldmittel zu schaffen und ein allgemeines Wehrpflichtgesetz vorgelegt. Nur die dringenden Umstände hätten die Regierung wegen können, hierbei über die eigentliche Aufgabe der Reichsversammlung, die Berathung des Grundgesetzes, hinauszugehen. Die Versammlung erwählte sodann den Etatsrath Schouw mit 132 Stimmen zum Präsidenten, Professor Claussen zum Vice-Präsidenten, Professor Westergaard und Assessor Uffing zu Secretären.

Die „Berling.-Zeitung“ meldet die Einsetzung der neuen provisorischen Regierung durch Reedtz und Stedmann. Auch die gestrige Ankunft dieser beiden Kommissäre in Kopenhagen wird gemeldet.

Preussische Nationalversammlung.

27. und 28. October.

Der Präsident Grabow hat am 26. sein Amt niedergelegt und auf 4 Wochen Urlaub genommen. Gegen die Abstimmung über den ersten Artikel der Verfassungsurkunde und gegen die Annahme des von Phillips gestellten Amendements gaben mehrere Abgeordnete ein motivirtes Sondervotum ein, in welchem sie aussprachen, daß der mit der geringen Majorität von 1 Stimme gefasste Beschluß das Prinzip der unbedingten Geltung der Nationalität und das Prinzip der Untheilbarkeit des preussischen Territoriums verlege. Dört, Körffgen und Schulze aus Delitzsch beantragten, daß ein Commissionsbericht über Aufhebung einiger landrechtlichen Bestimmungen nach den Gesetzentwürfen über die Feudallasten und die Mooststeuer berathen werden möchte, weil, wie Dört behauptete, das „Land mit Sehnsucht der Beschlußnahme entgegenharre.“ Die Versammlung hatte ein Einsehen und stimmte für den Antrag, um des Landes Sehnsucht zu stillen. Dann wurde die Berathung des Gesetzentwurfs über die Aufhebung verschiedener Lasten fortgesetzt und ein Antrag auf unentgeltliche Aufhebung aller Zehnten mit großer Majorität verworfen.

In der Sitzung am 28. neue Proteste gegen den Beschluß über Artikel 1 der Verfassung und Beurlaubungen und Austrittserklärungen. An Stelle des abgetretenen Präsidenten Grabow wurde von Unruh zum Präsidenten und Waldeck von 177 Stimmen zum Vicepräsidenten ernannt. Von Auerwald hatte 174 Stimmen. In der ganzen Sitzung wurden außerdem nur Interpellationen oder sogenannte dringliche Anträge besprochen. Nach Plaths Antrag entledigte sich die Versammlung einer Partie Petitionen, die ohne Vorbehalt dem Ministerium zur beliebigen Beachtung überwiesen wurden. Kämpf und Bucher verlangten vom Ministerium eine specielle Mittheilung über die Stärke und Waffengattungen der in der Provinz Brandenburg um Berlin herum garnisonirenden Truppen. Der Ministerpräsident ertheilte einige allgemeine Bemerkungen; Specielleres aber folgt erst Freitags d. 3. Nov. Bei dieser Gelegenheit ergriff Waldeck unter der Form, eine thatsächliche Berücksichtigung geben zu wollen, das Wort, um zu beweisen, daß die Einquartirung um Berlin herum eine für das Volk kaum ertragbare Last sei. Er begann mit der in seinem Munde gewöhnlichen Phrase: „aus verschiedenen Theilen des Landes habe ich Mittheilungen erhalten, welche davon zeugen, daß die Einquartirungen Ursache großer Aufregung sind.“ Gleiche Mittheilungen und Beschwerden wären ihm auch aus Charlottenburg zugegangen. Von der Versammlung gedrängt, seine Beschwerdeführer zu nennen, führte er den Justizrath Detring an!!! Die Petitionskommission erstattete über eine Eingabe des Gutsbesizers Günther in Langenbielau, betreffend die Niederschlagung einer wegen Tumults eingeleiteten Untersuchung, ihren Bericht, worin sie beantragte, die Petition Günthers dem Minister des Innern zu übergeben, mit dem Gesuch, den ganzen Sachverhalt von Neuem untersuchen zu lassen und der Versammlung zur Zeit die Resultate vorzutragen. Temme und Lifficki interpellirten das Ministerium, was es gethan habe, um die Sanction des Jagdgesetzes zu beschleunigen. Die Versammlung ließ mit 178 gegen 163 Stimmen die Interpellation vor der Tagesordnung nicht zu. Feyerabend und Richter interpellirten das Ministerium über die parzellenweise Veräußerung der Domänen und über den Vorzug, der bei der Besetzung der Parzellen Kolonisten aus Hessen, Baden und Württemberg eingeräumt sei. Sie wollten ferner wissen, ob Bindernagel in Heidelberg ein Recht habe, sich öffentlich einen Bevollmächtigten der preussischen Forst- und Domänenverwaltung zu nennen. Der Finanzminister erläuterte den wahren auf früheren Berträgen beruhenden Sachverhalt unter Hinweisung auf die Absichten der frühern Regierung, durch diese Maßregel die Auswanderung aus Süddeutschland nach dem Osten zu leiten und dort eine dichtere wirtschaftliche Bevölkerung anzusiedeln. Die Regierung erklärte ferner, daß sie die mit Bindernagel abgeschlossenen, und 1851 ablaufenden Contracte nicht zu erneuern beabsichtige. Damit erklärten sich die Antragsteller zufrieden. Zum Schluß wurde noch ein Paet Petitionen durch die Tagesordnung oder Ueberweisung an die Minister bejeitigt.

Gebauer'sche Buchdruckerei.